



Petition 192955

Einkommensteuer - Entfernungspauschale

Text der Petition

Ich bitte den Deutschen Bundestag, die Entfernungspauschale durch feste, einkommensunabhängige Absetzbeträge nach österreichischem Vorbild zu ersetzen. Diese sollen gestaffelt nach Entfernung und Zumutbarkeit des öffentlichen Verkehrs gewährt werden und direkt die Steuerschuld mindern, um Pendlerinnen und Pendler unabhängig vom Einkommen wirksam zu entlasten.

Begründung

Die derzeitige Entfernungspauschale wirkt ausschließlich über die steuerliche Bemessungsgrundlage. Dadurch profitieren Personen mit hohen Einkommen überproportional, während Beschäftigte mit niedrigen und mittleren Einkommen deutlich weniger entlastet werden. Wer unterhalb der Steuerpflicht liegt, erhält überhaupt keine Unterstützung, obwohl gerade diese Gruppe besonders stark von steigenden Mobilitätskosten betroffen ist. Die Pauschale ist damit regressiv und sozial unausgewogen.

Ein System fester Absetzbeträge – wie es in Österreich seit Jahren erfolgreich praktiziert wird – wirkt dagegen unmittelbar steuermindernd und unabhängig vom individuellen Steuersatz. Es entlastet alle Pendlerinnen und Pendler gleichermaßen und stärkt insbesondere jene, die lange Wege zurücklegen müssen, aber nur über geringe finanzielle Spielräume verfügen. Mobilität ist für viele Beschäftigte keine freiwillige Entscheidung, sondern eine zwingende Voraussetzung für die Teilhabe am Arbeitsmarkt. Ein gerechtes Steuersystem muss diese Realität abbilden. Feste Absetzbeträge schaffen zudem Transparenz und Planungssicherheit. Die heutige Entfernungspauschale ist für viele Menschen schwer nachvollziehbar, da ihre Wirkung vom Einkommen, der Steuerklasse und der Gesamthöhe der Werbungskosten abhängt. Ein fixes, klar gestaffeltes System ermöglicht es Pendlerinnen und Pendlern, ihre jährliche Entlastung verlässlich zu kalkulieren. Das stärkt Vertrauen und reduziert bürokratische Belastungen.

Darüber hinaus berücksichtigt ein gestuftes Modell besser die unterschiedlichen Lebenslagen. Wer auf den öffentlichen Verkehr angewiesen ist oder ihn nutzen kann, sollte anders behandelt werden als Personen, für die aufgrund von Schichtarbeit, ländlicher Lage oder fehlender Verbindungen keine zumutbare Alternative zum Auto besteht. Österreich löst dies durch eine klare Unterscheidung zwischen „kleiner“ und „großer“ Pendlerpauschale sowie durch einen verbindlichen Pendlerrechner. Ein solches System ist fair, nachvollziehbar und rechtssicher.

Schließlich trägt ein modernes Absetzbetragsmodell dazu bei, Mobilitätsarmut zu verhindern. Steigende Energiepreise, hohe Mieten und strukturelle Unterschiede zwischen Stadt und Land belasten Pendlerinnen und Pendler zunehmend. Eine gerechte steuerliche Entlastung stärkt die wirtschaftliche Stabilität von Haushalten und unterstützt die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes. Deutschland sollte sich an erfolgreichen europäischen Modellen orientieren und die Pendlerentlastung sozial

ausgewogen, transparent und zukunftsfähig gestalten.